



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie
leben!



Demokratie leben!

Aktiv gegen Rechtsextremismus,
Gewalt und Menschenfeindlichkeit

Demokratie leben!

Für ein vielfältiges, gewaltfreies und respektvolles Miteinander

Angriffe auf Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sowie Ideologien der Ungleichwertigkeit sind dauerhafte Herausforderungen für die gesamte Gesellschaft.

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, die Herausforderungen durch Islam- bzw. Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus, Ultranationalismus, Homosexuellen- und Transfeindlichkeit, gewaltorientierter Islamismus, linke Militanz und andere Bereiche zeigen die Vielzahl demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene.

Um ihnen kraftvoll entgegenzutreten, bedarf es gemeinsamer Anstrengungen von Staat und Zivilgesellschaft.

Zahlreiche Initiativen, Vereine sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger in ganz Deutschland setzen sich täglich für Demokratie und Vielfalt ein. Bei dieser wichtigen Arbeit unterstützt sie das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Das Programm setzt auf verschiedenen Ebenen an. Es werden Projekte zur Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung sowohl mit kommunalen wie auch mit regionalen und überregionalen Schwerpunkten gefördert.

Weitere Informationen finden Sie unter:

www.demokratie-leben.de

Demokratie leben!

Nachhaltige Strukturen

Kommunen

Partnerschaften für Demokratie

Länder

Landes-Demokratiezentren

Bund

Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger

Modellprojekte in den Themenfeldern

Ausgewählte Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratiestärkung im ländlichen Raum

Radikalisierungsprävention

Engagement und Vielfalt in der Arbeits- und Unternehmenswelt

Demokratieförderung im Bildungsbereich

Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft

Stärkung des Engagements im Netz – gegen Hass im Netz

Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe

Forschung, Öffentlichkeitsarbeit, Begleitprojekte, Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, Programmvernetzung und wissenschaftliche Begleitung

Lokale Partnerschaften für Demokratie

Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Deutschland werden im Rahmen von „Demokratie leben!“ dabei unterstützt, Strategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt vor Ort zu entwickeln und umzusetzen.

In den hierfür gebildeten „Partnerschaften für Demokratie“ kommen Verantwortliche aus kommunaler Politik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft zusammen. Gemeinsam entwickeln sie konkrete Handlungskonzepte.

Die geförderten Kommunen können mithilfe der Förderung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zielgerichtete Aktivitäten zur Stärkung der Demokratie und der Zivilgesellschaft umsetzen.

So vielfältig wie die entwickelten Strategien sind auch die durchgeführten Projekte und Maßnahmen der Partnerschaften für Demokratie.

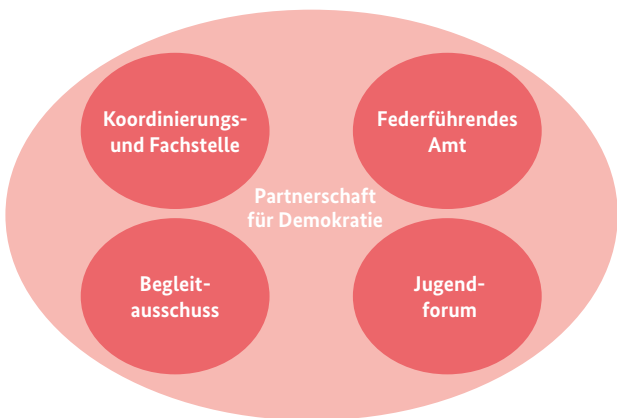
Hier einige Beispiele:

- Gestaltung von Ausstellungen
- Aktionstage und Workshops zur Demokratiestärkung
- Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, beispielsweise zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz
- Begegnungsprojekte, zum Beispiel im Kontext von Migration und Vorurteilsabbau
- Jugendprojekte, zum Beispiel Streetart, Theaterstücke oder Medien-Workshops
- Erstellung von Arbeits- und Informationsmaterialien

Ausführliche Informationen zu den Partnerschaften für Demokratie und die Kontaktadressen Ihrer lokalen Partnerschaft finden Sie unter:

www.demokratie-leben.de/partnerschaften-fuer-demokratie

Wie funktioniert eine Partnerschaft für Demokratie?



Koordinierungs- und Fachstelle

- Berät Bürgerinnen und Bürger, die sich für die Stärkung des demokratischen Gemeinwesens engagieren wollen
- Fungiert als Ansprechpartnerin bei lokalen Problemlagen
- Koordiniert die Arbeit der verschiedenen Akteurinnen und Akteure, die an der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie beteiligt sind

Federführendes Amt

- Gewährleistet die ordnungsgemäße Verwendung der Fördermittel
- Verantwortet die rechtliche Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie

Begleitausschuss

- Besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Verwaltung und der lokalen Zivilgesellschaft
- Entscheidet über konkrete Maßnahmen und Projekte

Jugendforum

- Organisiert und geleitet von Jugendlichen und jungen Erwachsenen
- Erhält Fördermittel zur eigenständigen Umsetzung von Projekten

Landes-Demokratiezentren

In jedem Bundesland wurde in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Landesregierung ein Demokratiezentrum eingerichtet. Die Demokratiezentren entwickeln Konzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt in den Bundesländern und unterstützen Menschen im Umgang mit rechts-extremen, rassistischen oder antisemitischen Vorfällen. Sie vernetzen die vor Ort vorhandenen Initiativen, Maßnahmen sowie Beratungs- und Unterstützungsangebote und tragen zu deren Bekanntmachung bei.

Die wichtigsten Aufgaben der Landes-Demokratiezentren sind:

- Bündelung aller im jeweiligen Land durchgeführten Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Vielfalt sowie Vernetzung aller relevanten Akteurinnen und Akteure
- Gewährleistung von Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen den lokalen Partnerschaften für Demokratie
- Sichtbarmachung der im Land geleisteten Aktivitäten für Demokratie und Vielfalt
- Fachlicher Ansprechpartner für Akteurinnen und Akteure innerhalb und außerhalb des Bundesprogramms
- Koordinierung der verschiedenen Beratungsangebote zu demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen, insbesondere der Mobilen Beratung, der Opferberatung und der Distanzierungs- bzw. Ausstiegsberatung

Beratungsangebote der Landes-Demokratiezentren

Mobile Beratung

Wer von menschen- oder demokratiefeindlichen Vorfällen betroffen ist, kann sich an die Teams der Mobilien Beratung wenden. Die Mobile Beratung leistet kompetente Hilfe in krisenhaften Situationen und gibt fachlichen Beistand. In Anspruch nehmen können das Angebot betroffene Einzelpersonen, wie zum Beispiel Sozialarbeiterinnen und -arbeiter aber auch Institutionen wie Schulen, Gemeinden, Betriebe oder Freizeiteinrichtungen.

Opferberatung

Menschen, die mit rechtsextremem, rassistischem oder menschenfeindlichem Motiv bedroht, beleidigt oder angegriffen wurden, bekommen bei den Opferberatungsstellen Unterstützung. Die Betroffenen erhalten unter anderem einen geschützten Raum, über das Erlebte zu sprechen, Beratung zu juristischen Fragen, Unterstützung bei Polizei- und Behörden-gängen und Hilfe bei der materiellen Bewältigung der Taten.

Distanzierungs- und Ausstiegsberatung

Personen, die sich aus dem Einflussbereich demokratiefeindlicher Gruppierungen lösen wollen, erhalten hier Hilfe. Dies beinhaltet die Unterstützung beim Aufbau eines neuen sozialen Umfelds oder beim Einschlagen neuer beruflicher bzw. schulischer Perspektiven. Auch Angehörige können das Beratungsangebot nutzen.

Kontakte zu den Beratungsangeboten vermitteln die Landes-Demokratiezentren. Die Kontaktdaten finden Sie unter:

www.demokratie-leben.de/landes-demokratiezentren

Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger

Nichtstaatliche Organisationen, die deutschlandweit wichtige Arbeit in den Bereichen Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention leisten, werden dabei unterstützt, ihre Angebote zu professionalisieren und ihr bundesweites Wirken zu verstetigen.

Viele der geförderten Vereine und Verbände verfügen über langjährige Erfahrungen und eine ausgewiesene Expertise in ihren jeweiligen Themen- und Strukturfeldern.

Im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ setzen die geförderten Träger beispielsweise folgende Aufgaben um:

- Durchführung von Fachveranstaltungen, Aktionen und Projekten mit bundesweiter oder internationaler Bedeutung
- Entwicklung und Bereitstellung bundesweiter Informations-, Kommunikations- und Netzwerkstrukturen
- Erarbeitung von Qualitätsstandards für die fachliche Arbeit
- Qualifizierung haupt- und ehrenamtlich Aktiver und Unterstützung von Professionalisierungsprozessen

Durch diese und weitere Maßnahmen setzen sie Impulse für die Diskurse zu aktuellen Herausforderungen und Entwicklungen in der Kinder- und Jugendhilfe.

Die zur Strukturentwicklung geförderten Organisationen decken eine Vielzahl an Themenfeldern ab.

Zu den bearbeiteten Bereichen gehören unter anderem:

- Schulinterne und außerschulische politische Bildungsarbeit zu Rassismus und Vielfalt
- Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft
- Rechtsextremismus und Gender
- Empowerment von Migrant*innen (-Organisationen)
- Demokratiewerk mit bildungsbenachteiligten jungen Menschen
- Historisch-politische Bildungsarbeit, Empowerment für Sinti und Roma, Prävention gegen Antiziganismus
- Akzeptanzförderung und Empowerment für lesbische, schwule, bi-, trans- und intersexuelle bzw. -geschlechtliche Menschen
- Rechtsextremismus und Familie
- Demokratiestärkung im ländlichen Raum
- Prävention islamistischer bzw. religiös motivierter Radikalisierung
- Prävention von Islam- und Muslimfeindlichkeit sowie Empowerment von Betroffenen
- Rassismusprävention sowie Empowerment Schwarzer Menschen
- Radikalisierungsprävention im Sport
- Förderung von Engagement von Vielfalt in Unternehmen
- Radikalisierungsprävention und Engagement für Naturschutz
- Antidiskriminierung, Mobile Beratung, Opferberatung, Ausstiegsberatung

Weitere Informationen zur Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger erhalten Sie unter:

www.demokratie-leben.de/bundeszentralitaet

Modellprojekte

Modellprojekte gehen neue Wege in den Bereichen Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention. Sie erproben innovative Ansätze in der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Junge Menschen sollen befähigt werden, demokratie- und menschenfeindliche Positionen zu erkennen und sich mit ihnen kritisch auseinanderzusetzen.

Die in den Modellprojekten entwickelten Methoden und Materialien können nach erfolgreicher Erprobung in der pädagogischen Bildungsarbeit eingesetzt werden.

Die Ansätze und Herangehensweisen der geförderten Modellprojekte sind den jeweiligen Phänomenen, die sie bearbeiten, zugeschnitten.

Hier einige Beispiele:

- Ansätze zum Umgang mit Medien zur Radikalisierungsprävention
- Entwicklung von Peer-Education-Strategien zur Vermittlung demokratischer Grundwerte
- Erprobung neuer Ansätze in der Aus- und Weiterbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren
- Aktivierung, Sichtbarmachung und Empowerment benachteiligter oder häufig diskriminierter Bevölkerungsgruppen
- Anstoßen von Dialogprozessen zwischen Jugendlichen verschiedener Religionen

Trotz dieser Vielfalt verfolgen alle Projekte ein gemeinsames Ziel: Das Bewusstsein für eine vielfältige und respektvolle Gesellschaft zu stärken.

Folgende Themenfelder und Phänomene werden von den Modellprojekten im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ bearbeitet:

Ausgewählte Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratiestärkung im ländlichen Raum

- Aktuelle Formen des Antisemitismus
- Aktuelle Formen von Islam- und Muslimfeindlichkeit
- Antiziganismus
- Antidiskriminierung und Frühprävention im Vorschulalter
- Homosexuellen- und Transfeindlichkeit
- Rassismus und rassistische Diskriminierung
- Demokratiestärkung im ländlichen Raum

Radikalisierungsprävention

- Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen
- Islamistische Orientierungen und Handlungen
- Linke Militanz

Engagement und Vielfalt in der Arbeits- und Unternehmenswelt

Demokratieförderung im Bildungsbereich

Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft

Stärkung des Engagements im Netz – gegen Hass im Netz

Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe

Weitere Informationen zu den Modellprojekten im Bundesprogramm erhalten Sie unter:

www.demokratie-leben.de/modellprojekte

Impressum

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung; sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de
www.demokratie-leben.de



Bezugsstelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel.: 030 182722721
Fax: 030 18102722721
Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmfsfj.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20179130
Montag - Donnerstag 9 - 18 Uhr
Fax: 030 18555-4400
E-Mail: info@bmfsfjservice.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*
Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebaerdentelefon.d115.de

Artikelnummer: 5FL242

Stand: Juli 2017, Neuauflage

Gestaltung: neues handeln GmbH

Druck: Zarbock GmbH & Co. KG

* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung. Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen u. a. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.115.de